

Weitere Schritte in Richtung A26



LANDKREIS. Planerisch ist jetzt alles klar: Der Kreistag in Stade hat gestern den umstrittenen Plan zum Ausbau der Rübker Straße in Buxtehude als weiteren Autobahnzubringer mehrheitlich beschlossen. Jetzt werden Klagen erwartet. Eine andere Kunde kommt aus Hamburg.

Von Wolfgang Stephan und Karsten Wisser

Das Planfeststellungsverfahren für die A 26 zwischen Rübke und der A 7 wird sich um ein weiteres Jahr verzögern. Allerdings soll das an der Fertigstellung Ende 2023 nichts ändern, sagt Staatsrat Andreas Rieckhof.

Noch hat die Hamburger Wirtschaftsbehörde auf der eigenen Homepage das stehen, was Staatsrat Andreas Rieckhof noch Anfang des Jahres verkündet hatte: „Mit einem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss im Jahr 2017 kann ab 2018 mit dem Bau begonnen und eine Verkehrsfreigabe im Jahre 2023 erreicht werden.“

Gestern allerdings überraschte die Wirtschaftsbehörde auf TAGEBLATT-Anfrage mit einem neuen Zeitplan: Statt des erwarteten Planfeststellungsbeschlusses wird derzeit an einer erneuten Planauslegung gearbeitet. Die seit notwendig, weil es neue Überplanungen im Bereich des Naturschutzes gebe. „Wir wollen und müssen so planen, dass es möglichst keine Klagen gibt“, sagt Staatsrat Andreas Rieckhof gestern Abend gegenüber dem TAGEBLATT. Dieses politische Ziel einer Klageabwendung stehe nicht im Widerspruch zu den vorgelegten Zeitplänen beim Bau.

Anschluss Ende 2023

Andreas Rieckhof geht weiterhin davon aus, dass die A26 Ende 2023 an die A7 angeschlossen werden kann. Die Rechtssicherheit könne den Prozess eher noch schleunigen, sagte der Staatsrat.

Noch am Vormittag gingen die Kreistagsabgeordneten von einem Planfeststellungsbeschluss noch in diesem Jahr aus. Der Kreistag erlebte eine Grundsatzdebatte zur A 26. Anlass war der A-26-Anschluss in Buxtehude.

Mehrheitlich beschloss der Kreistag den Ausbau der Rübker Straße als Autobahnzubringer. CDU, SPD und Freie Wählergemeinschaft sprachen sich dafür aus, das Projekt weiter zu verfolgen. Die 14 Nein-Stimmen kamen von den Grünen, den Linken, der Gruppe FDP/Piraten, Teilen der AfD-Fraktion und dem FWG-Abgeordneten Bodo Klages. Für 14 Millionen Euro soll die Rübker Straße (Kreisstraße 40) so ausgebaut werden, dass dort täglich rund 21 000 Fahrzeuge von und zur Autobahn kommen. Derzeit befahren rund 9000 Fahrzeuge die Straße.

In einer emotional geführten Debatte wurden noch einmal die bekannten Argumente ausgetauscht. „Wir haben keine Wahl“, sagte Hans-Uwe Hansen (SPD). Alle anderen diskutierten Lösungen seien „wirkungslos oder wirklichkeitsfremd“. „Ich hasse es, mich vor politischen Entscheidungen zu drücken, aber wir werden die Entscheidung, was passiert, den Gerichten überlassen müssen“, sagte Hansen. Buxtehude brauche eine Lösung, die die Orte entlang der Bundesstraße B 73 von Hedendorf bis Ovelgönne entlaste. Wie eine Mehrheit im Rat der Stadt Buxtehude hatte Hansen zeitweise darauf gehofft, dass die kleine Ortsumgehung den schwierigen Ausbau der Rübker Straße verhindern könnte.

Kritik an Buxtehuder Stadtplanung

Mehrere Redner betonten, dass es keine Alternative sei, die Autobahn ohne Buxtehuder Anschlussstelle an der Stadt vorbeizubauen. „Als Stader könnte mir das recht sein. Der Landkreis spart Geld und Buxtehude schießt sich raus“, sagte der Stader SPD-Kreistagsabgeordnete Kersten Schröder-Doms. Aber dem Kreis könne es nur gut gehen, wenn es allen Kommunen und eben auch Buxtehude gut gehe. „Niemand ist mit der Lösung wirklich glücklich. Ich habe Bauchschmerzen damit“, sagte der FWG-Fraktionsvorsitzende Uwe Arndt aus Ahlerstedt. Er kritisierte die Stadtplanung der Stadt Buxtehude in den vergangenen Jahrzehnten. Sie habe trotz Kenntnis der Autobahn-Planungen durch neue Wohnbebauung im Bereich der K 40 die Situation verschuldet.

Keine Anschlussstelle für Buxtehude wollen die Grünen. Karin Aval aus Stade forderte stattdessen sinnvolle Umgehungen für Neukloster und Neu Wulmstorf. Ursula Männich-Polenz aus Himmelforten geht davon, dass der Entlastungseffekt durch die Autobahn für die Ortschaften an der B 73 nach der Fertigstellung groß genug ist.

Helmut Dammann-Tamke (CDU): „Wir alle warten sehnsüchtig auf die Autobahn.“ Es wäre ein Schildbürgerstreich, ausgerechnet Buxtehude nicht anzubinden.

Die aus Sicht der Verwaltungen und der politischen Gremien derzeit rechtlich aufgrund des angrenzenden Vogelschutzgebiets nicht durchsetzbare Ortsumgehung fordern weiter vehement die Gruppe FDP/Piraten und die Linken. „Wir werden diesem rücksichtslosen Mauerbauprojekt nicht unsere Zustimmung geben“, sagte der Jorker Peter Polker in Anspielung auf die drei Meter hohen Lärmschutzwände, die an der Rübker Straße geplant werden.

So geht es weiter mit der K 40

Es gibt bisher einen Rohentwurf des Planfeststellungsbeschlusses. Die fertige Version soll in diesem Jahr öffentlich ausgelegt werden. Danach sind Klagen möglich. Die Bürgerinitiative Rübker Straße hat das angekündigt. In der ersten gerichtlichen Auseinandersetzung wird es allerdings um die aufschiebende Wirkung des Hauptverfahrens gehen. Der Kreis hat die sofortige Vollziehbarkeit des Beschlusses beantragt. Kommt das und übersteht die gerichtliche Prüfung, werden 2018 die Ausführungsplanung und die Ausschreibungen stattfinden. Gebaut werden soll dann ab 2019. Die Bauzeit wird auf zweieinhalb bis drei Jahre geschätzt.

Sollten die Verwaltungsgerichte die sofortige Vollziehbarkeit allerdings aufheben, würde sich dagegen der Beginn der Bauarbeiten um Jahre verzögern oder bei einem Scheitern des Planfeststellungsbeschlusses komplett erledigen. Die Verfahrensdauer wird auf zwei bis fünf Jahre geschätzt. Scheitert der Ausbau der Rübker Straße, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Buxtehude einen Zubringer bekommt, sehr gering. Die Ostumgehung als Alternative betrifft weniger Anwohner, ist aber auch umstritten und auf der Vogelschutz-Problematik rechtlich mindestens genauso schwierig umzusetzen, wie der Ausbau der Rübker Straße.